

16.24

Bundesrat Arnd Meißl (FPÖ, Steiermark): Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Minister! Hohes Haus! Frau Minister, Sie brauchen keine Angst vor mir zu haben (*Bundesministerin Oberhauser: Schaut's so aus?*), ich bin nicht so böse, dass ich immer einen Ordnungsruf kriege. (*Heiterkeit des Redners sowie der Bundesministerin Oberhauser.*)

Das ist mir nur einmal passiert; das kommt halt vor. (*Bundesministerin Oberhauser: Das trägt man wie einen Orden!*) – Ja, genau! Das trägt man ganz stark und kräftig.

Die vorliegenden Änderungen zum Bundesgesetz über die Gesundheit Österreich GmbH sehen wir als durchaus klug an und werden dem auch zustimmen – das gleich vorneweg gesagt.

Wenn es nämlich in der Problemanalyse, zum Beispiel beim Stammzellenregister, heißt, dass die Versorgung mit Stammzellen in Zukunft in hohem Ausmaß gefährdet ist, dann muss man handeln. Deswegen sehen wir es auch als durchaus gescheit an, diesen Bereich in die Obhut des Bundes zu legen. Die öffentliche Hand soll ihre Verantwortung in diesem Bereich ganz einfach wahrnehmen.

Es ist ja nichts schlimmer, als wenn Menschen – der Kollege hat es auch kurz angesprochen –, die zum Beispiel an Leukämie erkranken, aus organisatorischen Gründen nicht oder nur verspätet geholfen werden kann, im Wissen, dass es aus medizinischer Sicht sehr wohl möglich wäre, organisatorisch aber einfach die Strukturen nicht passen.

Im Bereich Stammzelltherapie sollte man vielleicht eines noch ansprechen: Das ist die Einlagerung der Nabelschnurstammzellen bei der Geburt, und zwar im Sinne der Eigenvorsorge. Vielleicht könnte man da eingreifen; viele Eltern lassen das ja bereits machen. Es kostet einiges, aber ich denke, dass die öffentliche Hand und der Bund im Sinne der Gesundheit unserer Kinder durchaus eine Verantwortung hätten, auch deshalb, weil es aus Kostengründen und im Sinne einer schnellen Heilung eine sehr sinnvolle Maßnahme wäre. Vielleicht könnten Sie das auch mit auf den Weg nehmen, vielleicht gibt es da Möglichkeiten, aktiv zu werden.

Beim Brustkrebs-Screening ist es sicher so, dass das eine sinnvolle und erfolgreiche Maßnahme zur Früherkennung ist, die aus unserer Sicht möglichst vielen Frauen zugänglich sein sollte. Die grundsätzliche Einschränkung auf Frauen, die älter als 40 sind – wobei Frauen zwischen 40 und 44 und über 70 unnötige bürokratische Hürden

auf sich nehmen müssen –, sollte man beseitigen. Diese halten wir nicht für besonders gescheit.

Die 2014 eingeführte Regelung zur Brustkrebs-Früherkennungsmammographie hat durch die damals abgeänderte Einladungspolitik zu den Untersuchungen übrigens dazu geführt, dass die Zahl der Mammographien um 15 Prozent zurückgegangen ist. Das ist nicht auf meinem Mist gewachsen, sondern das sagt die Ärztekammer, die schon seit einiger Zeit auf dieses Problem hinweist. Ich denke, es würde Sinn machen, die Altersbegrenzung aufzuheben und die Teilnahme allen Frauen jeglichen Alters zu ermöglichen, ganz einfach deswegen, weil – wie schon erwähnt wurde – Früherkennung hilft, Leben zu retten und die Folgen für die Betroffenen zu minimieren.

Je früher Brustkrebs erkannt wird, desto geringer sind, nebenbei bemerkt, auch die Behandlungskosten. Es ist jedenfalls wichtig, das Screening-Programm im Sinne der Patientinnen immer weiter zu verbessern. Da für die Qualitätssicherung des Brustkrebs-Früherkennungsprogramms verschiedene Daten erforderlich sind, ist es wichtig, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen. Wir stimmen dem auch zu.

Eine Anmerkung habe ich noch als Mann: Rund 1 Prozent aller Neuerkrankungen bei Brustkrebs betreffen übrigens Männer – das wissen vielleicht wenige. Das sind in Österreich wahrscheinlich 50 bis 70 Personen. (*Zwischenruf der Bundesrätin Reiter.*) – Aber gerade weil es so wenige sind, Frau Kollegin, endet das sehr oft fatal. Ich rede jetzt gar nicht davon, dass man die alle zum Früherkennungsprogramm schicken sollte (*Heiterkeit und Zwischenruf des Bundesrates Mayer*), aber vielleicht wäre es möglich, im Zuge von Aufklärungskampagnen auch auf die Gefährdung von Männern hinzuweisen, einfach um diese zu sensibilisieren und auch die Ärzte zu sensibilisieren, damit die Diagnose nicht zu spät gestellt wird. Frau Minister, vielleicht können Sie diese Anregung auch mitnehmen.

Das Rahmenabkommen zwischen Österreich und der Tschechischen Republik über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst ist auch eine gute Sache. Es stellt sich dabei eigentlich nur die Frage, warum es so lange gedauert hat, bis es zu diesem Abkommen gekommen ist. Es steht außer Zweifel, dass es von größter Bedeutung ist, Patienten im Anlassfall so rasch wie möglich zu versorgen und in ein möglichst nahe gelegenes Krankenhaus zu transportieren.

Was für die Grenzregionen gilt, sollte aber auch innerösterreichisch umgesetzt werden. Da gibt es offenbar an verschiedenen Landesgrenzen noch immer Probleme.

Zunehmende Probleme gibt es auch in den ländlichen Regionen, ganz einfach aus dem Grund, weil es immer weniger voll ausgestattete Spitäler gibt. In meiner

Heimatstadt Mürzzuschlag wird gerade ein Krankenhaus scheinbarweise restrukturiert, wie es so schön heißt; in Wirklichkeit wird es geschlossen. Du brauchst nicht mit dem Kopf zu wackeln, Kollege von der ÖVP! Es ist so! Dieses Krankenhaus wird in eine Akutgeriatrie umgewandelt und hat schon lange keine vollwertige medizinische Versorgung mehr. Das betrifft viele ländliche Gebiete in Österreich.

Was man auch sagen muss: Eine Rettungsfahrt dauert nicht mehr nur ein paar Minuten, sondern bis zu 45 Minuten. Ich habe das selbst erlebt, als meine zweijährige Tochter kollabiert ist und die Einsatzfahrt von Mürzzuschlag nach Leoben – und da rede ich gar nicht von den Seitentälern – bei trockener Fahrbahn und geringem Verkehrsaufkommen 45 Minuten gedauert hat. Das ist nicht zumutbar! Da sollten wir uns schon unserer Verantwortung bewusst sein, innerhalb Österreichs bessere Regelungen zu schaffen und nicht jedes Krankenhaus mit der Begründung: Wir haben das Geld nicht mehr für die Medizin!, zuzusperren.

Es gibt zwei Zitate, die ich ansprechen möchte, die in diesem Zusammenhang durchaus interessant sind.

„Derzeit werde nämlich nicht die Behandlung optimiert, sondern die Wirtschaftlichkeit“, sagt der Präsident des Hausärzteverbandes.

Dann gibt es ein zweites Zitat: „Ja, wir sind sicher, dass die Salzburger Bevölkerung Spitzenmedizin in ihrem Bundesland haben will. Aber Spitzenmedizin ohne qualitativ hochstehende wohnortnahe Angebote in Krankenhäusern und im niedergelassenen Bereich verfehlen die Erwartungen unserer Bevölkerung.“ – Das sagt der Ärztekammerpräsident von Salzburg.

Das sind zwei Dinge, die ich voll und ganz unterstreichen kann und hinter denen ich auch stehe. Es kann nicht sein, dass ein großer Teil der Bevölkerung wegen seines Wohnortes von qualitativ hochwertigen medizinischen Leistungen ausgeschlossen wird, nur weil diese Menschen eben sehr peripher wohnen. (*Vizepräsident Gödl übernimmt den Vorsitz.*)

Ich möchte zum Abschluss noch einen Gedankensprung machen. Es geht mir um den Selbstbehalt für Kinder bei Krankenhausaufenthalten. Da wäre vielleicht eine Streichung anzudenken, denn Familien werden dadurch sehr stark belastet. Diese Selbstbehalte sind vor allem für sozial benachteiligte Familien ein Problem. Ein entsprechender Antrag liegt seit einem Jahr im Ausschuss des Nationalrates. Vielleicht lässt sich das auch ein wenig beschleunigen, um zu einer Lösung zu kommen, auch wenn ich weiß, dass das in der Kompetenz der Länder und nicht in der des Bundes liegt. Aber vielleicht können Sie in diesem Punkt einwirken.

Die vorliegenden Änderungen des Bundesgesetzes über die Gesundheit Österreich GmbH begrüßen wir ebenso wie das Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit im Rettungsdienst mit der Tschechischen Republik und stimmen daher auch zu.

Im Gesundheitswesen gibt es aber noch viel zu tun. Im Mittelpunkt aller Bemühungen müssen aber die Menschen und Patienten stehen und nicht die Gesundheitsökonomien. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und bei Bundesräten der SPÖ.)*

16.31

Vizepräsident Mag. Ernst Gödl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Dr. Reiter. – Bitte.